

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Adolf Kessel und Simone Huth-Haage (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Entwicklung der Asylanträge in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2328** vom 15. Mai 2014 hat folgenden Wortlaut:

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind die Zahlen der Asylanträge in den ersten drei Monaten 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 75 Prozent angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Asylanträge in Rheinland-Pfalz in den ersten Monaten des Jahres 2014 im Vergleich zu 2013 entwickelt?
2. Inwieweit werden die Mittel für den Bereich Asyl und Flüchtlinge des rheinland-pfälzischen Landeshaushalts für 2014 unter der Voraussetzung einer Steigerung der Fallzahlen von rund 75 Prozent ausreichen?
3. Wie gestaltet sich der Mittelabfluss der Titelgruppen 73 und 76 in 07 82?
4. Plant die Landesregierung einen veränderten Zuweisungsschlüssel von Asylsuchenden auf die Kommunen, um dem angespannten Wohnungsmarkt in einigen Regionen des Landes und den damit verbundenen Problemen, würdige Asylunterkünfte zu finden, Rechnung zu tragen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 4. Juni 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zufolge haben im Zeitraum Januar bis April 2014 insgesamt 49 780 Personen in Deutschland Asyl beantragt (43 519 als Erstanträge und 6 261 als Folgeanträge). Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (30 259 Personen) bedeutet dies eine Erhöhung um 19 521 Personen (64,5 %).

Rheinland-Pfalz nimmt entsprechend der Verteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel einen Anteil von rund 4,8 % der Asylbegehrenden auf.

Zu Frage 2:

Die Zahl der schutzsuchenden Menschen ist abhängig davon, wo und wie sich Kriege, humanitäre Katastrophen und Menschenrechtsverletzungen entwickeln. Ihre Zahl kann daher nur sehr schwer prognostiziert werden. Die Asylantragszahlen sind immer aber auch ein Spiegelbild der weltweiten Krisenherde.

Unterstellt man die Steigerung der Zugangszahlen von Januar bis April für das gesamte Jahr 2014 sind die im Haushalt 2014 veranschlagten Mittel nicht auskömmlich. Die Landesregierung wird in diesem Fall die erforderlichen Maßnahmen einleiten und den Haushaltsgesetzgeber zu gegebener Zeit einbeziehen.

Diese werden neben den durch die steigenden Zugangszahlen bedingten Kostensteigerungen im Bereich der Flüchtlingsaufnahme (Unterbringung und Betreuung in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende AfA in Trier einschließlich der Außenstellen) auch die Erstattungen an die Kommunen nach dem Landesaufnahmegesetz umfassen. Hinzu kommen notwendige höhere Erstattungen an die für die AfA zuständige Ausländerbehörde und an die Stadt Trier für Clearingaufgaben ebenso wie erforderliche höhere Zuwendungen zur Förderung der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund (Sprachkurse) als auch des notwendigen Ausbaus der Migrationsfachdienste.

b. w.

Zu Frage 3:

Im Kapitel 07 82 des Haushaltsplans für das Jahr 2014 sind in der Titelgruppe 73 „Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (inklusive Notunterkunft für Kommunen)“ insgesamt Ausgaben in Höhe von 5 628 700 € etatisiert. Hiervon sind bis zum Ende des Monats April 3 758 876,97 € verausgabt.

In Titelgruppe 76 „Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige Ingelheim“ sind von etatisierten 2 869 300 € zum Ende des Monats April 1 070 994,34 € verausgabt. Beide Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig.

Zu Frage 4:

Die vom Bund nach Rheinland-Pfalz verteilten Asylbegehrenden und Flüchtlinge werden entsprechend dem Landesaufnahmegesetz durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) nach einem an der Einwohnerzahl orientierten Schlüssel auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Die Berechnung der jährlich neu zu ermittelnden Verteilquoten erfolgt auf Basis der Statistischen Berichte des Statistischen Landesamtes zu den Einwohnerzahlen in Rheinland-Pfalz. Die ADD stellt hierbei auch eine gleichmäßige Verteilung der verschiedenen Personengruppen (z. B. Asylbegehrende, syrische Kontingentflüchtlinge usw.) sicher.

Zur Unterstützung der Kommunen informiert die ADD diese regelmäßig über die Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur zukünftigen Entwicklung der Zugangszahlen im Asylbereich.

Dieses, seit vielen Jahren existierende Verfahren, welches im Übrigen auch dem Verfahren der Verteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer entspricht, hat sich gerade in Zeiten hoher Zugangszahlen bewährt und garantiert eine gleichmäßige „Lastenverteilung“ auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Änderung ist daher nicht geplant.

Irene Alt  
Staatsministerin